ASTA-INFO

INFORMATIONEN DES ALLGEMEINEN STUDENTENAUSSCHUSSES DER UNIVERSITÄT HAMBURG

Nr 2
26. März 1971

VDS-MV: Kampf gegen Ausbildung im Interesse der Monopole!

Bonn, 18.-21.3

Die 23. o.MV des VDS in Bonn hat gezeigt: Nur durch ein breites Bündnis aller sozialistischen und demokratischen Kräfte wird es möglich sein, die Formierung des Ausbildungssektors im Interesse der Monopolbourgeoisie zu verhindern.
Der Kampf für ein demokratisches Ausbildungswesen im Interesse aller Auszubildenden (Lehrlinge, Schüler, Studenten) für den Hochschul-Bereich, geführt vom VDS, erfordert die enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen.
Daß der VDS die einzige politisch-relevante Interessenvertretung war und ist, bewies die Bonner MV. Alle Versuche, mit Hilfe der Monopole und reaktionärer Kräfte einen Gegenverband zu gründen, sind kläglich gescheitert. Heute repräsentiert der VDS 75 Hochschulen und damit mehr als 310.000 Studenten (90 %).
Studentische Interessenvertretung auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Orientierung bedeutet: Antimonpolitischer und antiimperialistischer Kampf im Bündnis mit der Arbeiterklasse.
Die MV beschloß, den Formierungstendenzen im Ausbildungssektor offensiv entgegenzutreten, d.h. insbesondere:

- Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz
- Kampf gegen Bildungsgesamtplan
- Kampf gegen Bundesausbildungsförderungsgesetz
- Kampf gegen Bund Freiheit der Wissenschaft

Ebenso wird der Kampf für die soziale und materielle Sicherheit und Unabhängigkeit verschärft geführt werden müssen.
Trotz politischer Differenzen zwischen den den VDS tragenden Gruppen (SHB, Spartakus)und der "ML"-Fraktion - gerade in Fragen des Hochschul- und Sozialbereichs - konnte im Bereich "Internationalismus" Einigkeit erzielt werden.

So wurden Anträge zu den Problemkreisen "Studienkolleg", "Ausländerstudium", Nationaler Befreiungskampf, "Vietnam" und "Verbot der Cisnu" ohne Gegenstimmen verabschiedet. Die Notwendigkeit, den antiimperialistischen Kampf gemeinsam und offensiv zu führen, zeigte sich gerade wieder im Verhalten der Bundesregierung, die den Vertretern des Studentenverbandes der FLN die Einreise verweigerte und sich so, wie schon oft, zum Handlanger der Nixon`schen Aggressionspolitik machte.

Die immer weiter fortschreitende Faschisierung, die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen und der Kampf gegen die Formierung der Ausbildung im Kapitalverwertungsinteresse erfordern einen starken, politischen VDS.

Die 23. o.MV des VDS ist ein weiterer Schritt zur Vereinheitlichung und Stärkung des antiimperialistischen Kampfes und damit des Kampfes gegen das Kapitalverhältnis überhaupt gewesen.

Zur Intensivierung und Effektivierung dieses Kampfes wurden folgende Projektbereiche eingerichtet bzw. weitergeführt:

- Bildungsplanung (Uni Göttingen)
- Technologie (Uni Göttingen)
- Ausbildung (PH Göttingen)
- Soziales (Uni Bonn)
- Medizin (Uni Bonn)
- Kriegsforschung (TU München)
- Berufsschullehrer (Berlin-West)
- Internationales (Trikont Köln)
- Justiz (VDS-Vorstand, kommiss.Uni Hamburg, Uni Bonn)

Die MV wählte mit Mehrheit folgende Vorstandsmitglieder:

Matthias Albrecht	(SHB Bonn)
Heinz Heseler	(SHB Frankfurt)
Dirk Krüger	(Spartakus Bonn)
Ludwig Würfel	(SHB München)

Verantwortl.: AStA-Pressereferat
Richter / Altendorf

VDS- Hauptresolution (Auszüge):

23. o. MV des vds

18. -21.3.71 in Bonn

(Auszüge)

Hauptresolution

In ihrem Kampf gegen den Vietnam-Krieg, die Notstandsgesetzgebung, Springer-Manipulation und Neofaschismus, gegen die Formierung der Hochschule auf der einen und der Rüstungspolitik der Herrschenden auf der anderen Seite, festigte sich in grossen Teilen der Studentenschaft die Erkenntnis, dass demokratische Reformen des Bildungswesens in der BRD unmöglich sind ohne Veränderungen in der Gesamtgesellschaft. Es wuchs die Einsicht, dass die Studenten in ihrem Kampf dem gleichen Gegner gegenüberstehen wie die Arbeiterklasse.....

Die Unfähigkeit der CDU/CSU bei der Sicherung der langfristigen Wachstumsbedingungen des Systems - die Vernachlässigung mittelfristiger Strukturplanung, insbesondere im Ausbildungs- und Forschungsbereich -, waren die objektiven Ursachen dafür, dem Grosskapital die Einbeziehung der SPD in die Regierung opportun erscheinen zu lassen. Diese Einbeziehung bot einerseits die Möglichkeit - anknüpfend an den Willen breiter Bevölkerungsschichten zu demokratischen Veränderungen - mittels sozialer Demagogie die Basis des imperialistischen Systems durch die stärkere Integration der Gewerkschaftsbewegung zu verbreitern, andererseits neue ökonomische Regulierungskonzeptionen einzusetzen. Die SPD sollte damit im Interesse der Nonopole die Aufgabe wahrnehmen, die wesentlichen Versäumnisse der CDU/CSU aufzuholen, um dem westdeutschen Imperialismus durch systemgerechte Reformen die Anpassung an die neuen Bedingungen zu ermöglichen. Die Politik der vorgeblich "sozialen Reformen" diente zur ideologischen Absicherung der objektiven Funktion der SPD/FDP-Regierung.....

Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte wird der Zwang immer grösser, Wissenschaft und Technik - nicht abstrakt, sondern als Vergegenständlichung Maschinen und Automaten und als Qualifikation der menschlichen Arbeitsklaft begriffen - in den kapitalistischen Produktionsprozess einzubeziehen, um den Akkumulationsprozess weiter auszudehnen und so die Basis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch in Zukunft zu erhalten. Das bedeutet auf der einen Seite eine Anhebung des Qualifikationsniveaus des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Auf der anderen Seite war es notwendig, die Gefahr einer dadurch verstärkten Einsicht in die wesentlichen Funktionszusammenhänge des kapitalistischen Herrschaftssystems unter anderem durch inhaltliche Reglementierung der Studiengänge vorzubeugen. Diese Erfordernisse bleiben nicht ohne Folgen für die staatliche Wissenschafts- und Ausbildungspolitik. Sie unterwirft den Wissenschafts- und Ausbildungsprozess sowohl in seiner Organisation als auch in bezug auf die zu vermittelnden Inhalte den Interessen und Anforderungen der Monopole....

Die Unterwerfung von Wissenschaft und Ausbildung unter die privatkapitalistischen Interessen durch den Staat setzt die Entwicklung eines Instrumentariums von Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten voraus, die zur Zeit geschaffen wer-

den in Form eines zentralen Bildungsgesamtplanes und entsprechender zentraler Institutionen unter Beteiligung der Vertreter von Staatsbürokratie und des Kapitals, in denen Studiengänge, Prüfungsordnungen etc. aufgearbeitet werden sollen....

Vor diesem Hintergrund sind die Hauptaufgaben des Kampfes um Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse zu bestimmen:

Dieser Kampf kann nur erfolgreich geführt werden, wenn in der Vertretung der unmittelbaren Interessen und Tagesaufgaben der Zusammenhang mit den grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnissen und deren Veränderung auf die gesellschaftliche Bestimmung der ökonomischen und politischen Prozesse hin vermittelt wird.
In dieser praktischen Verbindung von ökonmischem und politischem Kampf wird die Illusion einer "Demokratisierung" offensichtlich, die die ökonomischen Bedingungen und Herrschaftsverhältnisse nicht grundlegend verändert.
Unter Berücksichtigung dieser Vermittlung muß der Kampf insbesondere gegen die organisierten Rechtskräfte, aber auch gegen die FDP/SPD-Politik, die die Durchsetzung der Monopolinteressen verfolgt, von einer breiten Aktionseinheit innerhalb des vds und zusammen mit allen Organisationen, die für die Durchsetzung der sozialen Interessen und demokratischen Forderungen der Bevölkerung arbeiten, geführt werden.
Im gemeinsamen Kampf aller demokratischen und sozialistischen Kräfte gegen die Durchsetzung der Monopolinteressen durch die Regierung muß es deshalb darum gehen, durch die konsequente Wahrnehmung der sozialen und politischen Interessen die Kampfbedingungen zu verbessern. Dieser offensiv geführte Kampf um konsequente Demokratisierung aller Bereiche kann nur erfolgreich sein, wenn er als Kampf gegen die politische und ökonomische Macht der Monopole verstanden und geführt wird.
Der Erringung von Gegenmacht muß der gewerkschaftliche und studentische Mitbestimmungskampf dienen. Er kann daher nur sinnvoll sein, wenn er zu einer immer größeren Kampfbereitschaft der Lohnabhängigen für ihre Interessen und zu einer Stärkung ihrer Organisationen führt.
Für die demokratische und sozialistische Studentenbewegung kommt es jetzt darauf an, den Kampf für die Sozial- und Ausbildungsinteressen, für ein der Struktur und dem Inhalt nach demokratisches Bildungswesen zu verstärken und dabei die Erfahrung, daß die Erreichung dieser Ziele nur möglich ist bei gleichzeitiger konsequenter Demokratisierung aller Bereiche, praktisch umzusetzen, indem es integriert wird in den gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen die Herrschaft des Monopolkapitals und damit gegen die Kapitalverhältnisse überhaupt und den Befreiungskampf in den Ländern der "Dritten Welt" unterstützt.